

Medienmitteilung vom 12. Januar 2014

Grüne begrüßen Entschädigungsverzicht von Barbara Egger und Beatrice Simon Richtiger Verzicht – jetzt steht gesetzliche Korrektur an

Die Grünen nehmen mit Erleichterung zur Kenntnis, dass Finanzdirektorin Beatrice Simon und Bau- und Energiedirektorin Barbara Egger ab sofort auf den Bezug von Sitzungsgeldern und Spesen für ihre amtsbedingte Tätigkeit in Verwaltungsräten verzichten. Sie schaffen damit die Grundlage für eine unbefangene Diskussion über die Angemessenheit solcher Zusatzentschädigungen. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass Regierungsmitglieder – neben dem Ersatz allfälliger realer Spesen – keine Zusatzeinkünfte aus der Tätigkeit in Verwaltungsräten mehr erhalten.

In den letzten Tagen sind in der ganzen Schweiz die Bezüge von kantonalen Regierungsmitgliedern aus der Tätigkeit in Verwaltungsräten, denen sie von Amtes wegen angehören, thematisiert worden. Im Kanton Bern sind es namentlich die Tätigkeiten in den Verwaltungsräten von BKW AG, BLS AG und BLS Netz AG, welche zu substanziellen Entschädigungen führen. Mit der heutigen Ankündigung von Finanzdirektorin Beatrice Simon und Bau- und Energiedirektorin Barbara Egger, ab sofort auf die entsprechenden Sitzungsgelder und Spesenentschädigungen zu verzichten, ermöglichen die beiden hauptbetroffenen Regierungsmitglieder eine unvoreingenommene Debatte über die Nebenbezüge. Die Grünen begrüßen dies.

Die Grünen werden sich im Grossen Rat für den im September eingereichten parlamentarischen Vorstoss einsetzen, welcher bei zwingend mit der Funktion verknüpften Mandaten die vollumfängliche Abgabe der Entschädigung an den Kanton Bern vorsieht. Das Regierungsamt ist mit einem jährlichen Lohn von rund 270'000 Franken gut entschädigt.

Zudem nehmen sämtliche Regierungsmitglieder bei der Ausübung ihres Amtes Vertretungsaufgaben in diversen Gremien wahr: Aktiengesellschaften, Stiftungen, Projektgruppen, Aufsichtskommissionen, Konkordaten, interkantonalen Gremien wie die Konferenz der Kantonsregierungen bzw. der entsprechenden Fachbereiche. Es gibt keinen Grund, dass einzelne Regierungsmitglieder für ihre diesbezügliche Tätigkeit besser entschädigt werden als andere.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, 079 263 47 68